

Niederschrift

zur 30. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 06.07.2016	18.30-21.15 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Gerold Sachse ,

CDU-Fraktion

Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Matthias Rudolph ,

SPD-Fraktion

Katja Dost Vertretung für Herrn Stefan Sarrach, Jürgen Luban , Sebastian Rausch ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel ab 18.40 Uhr,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Franka Koch , Sylvaine Meister , Christfried Tschepe ,

Gäste

5 interessierte Gäste

(Frau Diedrich, Herr Henschel, Thomas Apitz, Steffen Alter, Uwe Stemmler)

Abwesend

SPD-Fraktion

Stefan Sarrach entschuldigt,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 30. Sitzung des Hauptausschusses

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 11 Ausschussmitglieder (ab 18.40 Uhr 12) und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung zieht die DS 6/324 Festlegung von Grundsätzen für Grundstücksverkäufe (TOP 7.5) zurück. Der Abg. Koch beantragt, den TOP 7.2 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen zum Erwerb von Geschäftsanteilen an der Kufa gGmbH zu streichen, da der Antragsgegenstand durch den Erwerb der Geschäftsanteile durch zwei Gesellschafter hinfällig ist. Insbesondere die einbringende Fraktion reagiert auf den Antrag mit einer Gegenrede. Der Antrag des Abg. Koch wird mit 4 Dafür- und 7 Gegenstimmen sowie 1 Enthaltung abgelehnt.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bei 1 Enthaltung bestätigt.

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 15.6.2016

Die Bestätigung der Niederschrift vom 15.6.2016 erfolgt in der kommenden Sitzung.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende regt eine Überarbeitung der GeschO insbesondere im § 7 an, da der Sitzungsablauf/die Tagesordnung besonders im Umgang mit Anträgen in der Praxis häufig individuell gestaltet wird. Er schlägt vor, hier zu einem einheitlichen Ablauf zurückzukommen und die GeschO der gelebten Praxis anzupassen.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Keine Anfragen

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Einführung eines "Fürstenwalde-Passes"

6/AN/225

Die einbringende SPD-Fraktion erhält das Wort. Der Abg. Rausch berichtet über eine Überarbeitung/Neuformulierung des Antrages durch den Fraktionsvorsitzenden und bittet, den Antrag zunächst im Kultur- und Sozialausschuss zu beraten. Frau Meister weist darauf hin, dass die inhaltliche Diskussion zunächst dort nach der Sommerpause geführt werden sollte und der Antrag am 14.7.16 auch nicht auf der Tagesordnung der STVV steht.

In der anschließenden Diskussion werden aber doch noch einige Anmerkungen gemacht. Abg. Fischer gibt u.a. zu bedenken, dass eine analoge Handhabung zur „Hütte-Card“ nicht in der Zuständigkeit der Stadtverordneten liegt, sondern rein privat-wirtschaftlich umzusetzen wäre. Hier sieht er noch Abstimmungsbedarf. Dem stimmt der Abg. Sachse zu, auch er fragt, welche Zielgruppe (Einrichtungen, Gaststätten, Dienstleistungsangebote) angesprochen werden sollen.

Abg. Rausch meint, hierbei sollten die städtischen Gesellschaften mit gutem Beispiel vorangehen und Sonderkonditionen anbieten. Die freie Wirtschaft könne sich dem dann anschließen. Unabhängig davon regt der Abg. Fischer u.a. an, „auslastungsschwache“ Zeiten oder einen Tag im Schwapp zu nutzen, um Rabatte für alle Besucher anzubieten. Abg. Zänker möchte den örtlichen Handel einbeziehen und sieht in einem solchen Pass ein Marketing- und Steuerungsinstrument.

TOP 7.2 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen - Erwerb von Gesellschaftsanteilen 6/AN/317 an der Kufa gGmbH

Der Abg. Zänker betont u.a., dass der Ursprungsantrag der Fraktion B 90/Die Grünen formal nicht seine Grundlage durch die Information, dass in einer Gesellschafterversammlung ein An- bzw. Verkauf eines Geschäftsanteils beschlossen worden ist, verloren hat. Die Fraktion hält es für sinnvoll zu prüfen, ob und unter welchen Gesichtspunkten ein Erwerb von Geschäftsanteilen Sinn macht und wie das umgesetzt werden kann.

Der Bürgermeister merkt an, dass die Geschäftsgrundlage des Antrages nicht mehr gegeben ist. Die Gesellschafterversammlung der gGmbH hat beschlossen, die der Gesellschaft zugeordneten Anteile von 25 % an zwei Gesellschafter anteilig zu veräußern.

Der Prüfauftrag wurde insofern bisher umgesetzt, als dass die Verwaltung die Kommunalaufsicht und den Städte- und Gemeindebund um Stellungnahme zum beabsichtigten Ankauf der Anteile gebeten hat. Die Prüfung der steuerlichen Auswirkungen hat die Verwaltung ausgesetzt.

In der anschließenden Diskussion wird mehrfach auch die Auffassung vertreten, dass der Beschluss aus der Gesellschafterversammlung noch nicht rechtskräftig ist. Merkwürdig erscheint einigen Abgeordneten der plötzliche Ankauf der Geschäftsanteile, zumal das Interesse seitens der Stadt an einem evtl. Erwerb mit dem Antrag der Grünen signalisiert wurde.

Frau Meister betont nochmals, dass es sich um eine privat-rechtliche Entscheidung der Gesellschafter der gGmbH handelt. Dem stimmt der Abg. Sachse zu und meint, es handelt sich um eine wirtschaftlich selbständige Gesellschaft. Da, so vertritt er die Auffassung, könne man sich nicht einmischen.

Der Vorsitzende stellt Frau Diedrich als Gesellschaftervertreterin des Fürstenwalder Kulturvereins in der Kufa gGmbH vor und beantragt für sie Rederecht. Einstimmig wird ihr Rederecht erteilt.

Frau Diedrich ist mit der Tonaufzeichnung und der Veröffentlichung ihrer Ausführungen einverstanden. Sie informiert, dass ihr die gefassten Gesellschafterbeschlüsse, da sie nicht bei der Gesellschafterversammlung anwesend war, zur Kenntnis gegeben worden sind und nunmehr rechtlich geprüft werden. Sie bekräftigt, dass die Gesellschaft privat-rechtlich agiert.

Der Abg. Fischer hebt jedoch kritisch hervor, dass die Gesellschaft von der Förderung durch die Stadt in Höhe von 600.000 € lebt.

Der Vorsitzende bringt deutlich seine Unmut zum Ausdruck und verwehrt sich in aller Schärfe dagegen, wie mit dem Abg. Peter Apitz umgegangen wurde, der alles dafür getan hat, in keinen Interessenskonflikt zu kommen.

Der Abg. Koch erinnert daran, was durch die Kufa gGmbH geleistet wird und wie damit die städtische Kulturlandschaft bereichert wird. Er warnt davor, das alles in Frage zu stellen.

Die z.T. kontroverse Diskussion veranlasst den Abg. Sachse zur GeschO zu beantragen, den Beschluss über den Prüfauftrag an die Verwaltung aus der letzten Sitzung zurückzunehmen. Dieser Antrag wird mit 7 Ja- und 6 Gegenstimmen angenommen.

Für die einbringende Fraktion beantragt der Abg. Zänker die Vertagung des Tagesordnungspunktes, bis die rechtliche Prüfung durch die Gesellschaftervertreter beendet ist. Ggf. wird die Fraktion eine Präzisierung ihres Antrages vornehmen, um Verhandlungen mit der Gesellschafterversammlung über einen Erwerb aufzunehmen.

Auf Anregung des Bürgermeisters wird schließlich entschieden, zunächst die Stellungnahmen von Kommunalaufsicht und Städte- und Gemeindebund abzuwarten. Die Vertagung des Tagesordnungspunktes bis dahin wird mit 7 Ja- 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

TOP 7.3 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Amt 6/DS/326 Scharmützelsee und der Stadt Fürstenwalde/Spree

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss des anliegenden öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Amt Scharmützelsee zu.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.4 Genehmigung der Eilentscheidung einer überplanmäßigen Auszahlung 6/DS/327/ Sanierung Fassade Sigmund-Jähn-Grundschule 1

Der Bürgermeister begründet die Notwendigkeit einer Eilentscheidung und informiert zum Stand der Dinge. Ein Großteil der Sanierungsarbeiten soll in der Ferienzeit erledigt werden. Die alte Fassade ist inzwischen abgenommen. Die Verwaltung prüft, inwieweit der Gutachter für den entstandenen Schaden in Haftung genommen werden kann.

Die nochmals inhaltlich aufgemachte Diskussion veranlasst den Vorsitzenden, ebenfalls zur Sache zu sprechen. Er übergibt die Sitzungsleitung an den Bürgermeister.

Auf die Nachfrage des Abg. Rudolph erläutert Herr Tschepe, dass der ursprüngliche Auftrag (die Fassade aufzudoppeln) um einen Nachauftrag erweitert wurde. Der Abg. Rudolph vertritt aber die Meinung, dass es sich um einen grundlegend neuen Auftrag handelt, der neu hätte ausgeschrieben werden müssen. Er fragt, mit welchen Konsequenzen die Maßnahme gestoppt werden kann. Herr Tschepe führt aus, dass die Änderung lediglich darin liegt, dass der Fassadenuntergrund ein anderer ist und die Fassadendämmung nun in einer anderen Stärke aufgebracht wird. Er fasst den Werdegang nochmals zusammen und der Bürgermeister bekräftigt, dass sich die Verwaltung auf die Feststellungen eines Gutachters grundsätzlich verlassen muss.

Der Abg. Koch erinnert an die heute zur Bestätigung vorliegende Eilentscheidung und bittet, über diese abzustimmen.

Die Drucksache wird mit 10 Ja- Stimmen, 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen an die STVV verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Eilentscheidung zur Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung zum Bauvorhaben „Sanierung der Fassade Sigmund-Jähn- Grundschule“ vom 23.06.2016.

Zustimmung Ja 10 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7.5 Grundstücksangelegenheit: hier Ausschreibung von vier Grundstücken 6/DS/333 an der Henry-Hall-Straße

Der Abg. Fischer erläutert, dass der Beschlussvorschlag um eine Formulierung ergänzt werden sollte, um die die Verwaltung zu befähigen, auch einen Verkaufserlös über 75.000 € zu tätigen. Er schlägt folgende Ergänzung vor: Gleichzeitig stimmt der Hauptausschuss dem Vollzug des Verkaufs zum jeweiligen Höchstgebot, sofern der Verkaufserlös über 75.000 € liegt und damit die Grenze für Geschäfte der laufenden Verwaltung überschritten wird, zu.

Dieser Ergänzung wird einstimmig zugestimmt.

Zustimmung mit Änderung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.6 Grundstücksangelegenheit, hier: Ausschreibung des bebauten Grundstücks Schloßstraße 14, Flur 131 Flurstück 66/3 teilweise

Diese Druckvorlage, so wird in der Diskussion argumentiert, sollte auch im Stadtentwicklungsausschuss beraten werden, um über die Auswirkungen eines möglichen Verkaufs unter städtebaulichen Aspekten im Zusammenhang mit dem Jagdschloss zu befinden. Es wird folgende Terminkette verabredet – 19.7. Stadtentwicklungsausschuss, 20.7. Hauptausschuss und entsprechend einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen.

Auf die Nachfrage der Abg. Fiedler zum Wasserwanderstützpunkt berichtet Herr Tschepe, dass generell eine Alternative auch für das Ruderzentrum und die Drachenbootfahrer auf der Agenda steht. Nähere Informationen zum geprüften Standort Pintsch-Hafen werden im nächsten Stadtentwicklungsausschuss vorgetragen.

TOP 7.7 Vermietung von städtischen Flächen an Zirkusbetriebe mit Wildtieren

Abg. Dippe spricht für den von der BFZ-Fraktion eingebrachten Antrag. In der ausführlichen Diskussion werden unterschiedliche Auffassungen dazu vertreten. Einerseits kann den Argumenten gefolgt werden. Andererseits werden Einschränkungen gesehen, die z.B. im GG Artikel 12 Freiheit der Berufsausübung und der Nichtzuständigkeit der Stadt begründet sind. Die Argumente werden umfassend ausgetauscht und der Antrag mit 6 Dafür- und 5 Gegenstimmen sowie 2 Enthaltungen an die STVV verwiesen.

TOP 7.8 Fürstenwalde zukunftsfest - Stärkung von Tourismus und Wirtschaft - freies WLAN in der Innenstadt

Zum Antrag merkt der Bürgermeister an, dass er durchaus die Intensionen der Verwaltung unterstützt und bereits erste Aktivitäten in dieser Richtung unternommen wurden. Gegenwärtig werden u.a. Standorte geprüft und Gespräche mit der Telekom geführt.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister berichtet, dass die Kommunalaufsicht signalisiert hat, dem HP 2016 so nicht zuzustimmen. Zum einen wird dies mit der Nichtplanung der Zinsen aus dem SWAP-Geschäften und zum anderen mit der Überzeichnung der investiven Maßnahmen in Höhe von ca. 750.000 € im Finanzplan 2017 begründet. Die Verwaltung schlägt deshalb eine Überarbeitung vor. Als Termin für die Beschlussfassung der neuen Haushaltssatzung wird der 25.08.2016 vorgeschlagen. Außerdem soll der Wirtschaftsplan 2016 des SCHWAPP überarbeitet und neu beschlossen werden.

Frau Meister informiert, dass der LSB den Vorantrag zum KIP-Programm insbesondere für die BSG Pneumant (neuer Sozialtrakt) geprüft und befürwortet hat. Die Förderung der sich laut Kostenvorschlag auf rd. 800.000 € belaufenden Investition könnte 582.000 € betragen.

Des Weiteren trägt sie vor, dass ein Antrag des FSV UNION über die Kostenübernahme von 30.000 € für die Errichtung eines Fanzaunes vorliegt. Die Errichtung ist eine von mehreren Bedingungen und Auflagen, die für die Zulassung zur Spielklasse der NOFV-Herren-Regionalliga 2016/2017 zu erfüllen sind. Eine entsprechende Beratungsdrucksache wird für die Sondersitzung des Hauptausschusses am 20.07.2016 vorbereitet.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Im Zusammenhang mit der defizitären Betreuung der Festwiese und dem Aufstieg des FSV UNION schlägt der Abg. Fischer vor, ein entgeltliches Parken auf der Festwiese zu ermöglichen. Der Bürgermeister berichtet, dass zunächst einige organisatorische Fragen zu klären sind. Der Abg. Sachse weist darauf hin, dass vom Festplatz aus eine Pendlermöglichkeit zum Bahnhof besteht. Dies müsste nur besser publiziert und bekanntgemacht werden.

Der Abg. Fischer fragt, warum am 26.6. (Sonntag) ein Flohmarkt stattfand. Der Bürgermeister führt aus, dass gewerblich betriebene Flohmärkte sonntags in Brandenburg nicht stattfinden dürfen. Hobbyflohmärkte dagegen schon. Am Sonntag waren Außendienstmitarbeiter/Gewerbe vor Ort und sind ordnungsbehördlich tätig geworden. Bei den „Händlern“ handelte es sich überwiegend um nicht gewerbliche.

Auf die Nachfrage zu den zu besetzenden Stellen für die Feuerwehr macht der Bürgermeister einige Ausführungen. Insgesamt sind 4 Stellen zu besetzen. Zunächst ist eine Stelle ausgeschrieben und 2 wurden (aus der Rangfolge 3 und 4 der letzten Stellenausschreibung) inzwischen fest besetzt. Des Weiteren wurden 3 Hausmeisterstellen ausgeschrieben mit der Bedingung, dass 1/3 der Arbeitszeit bei der hauptamtlichen Feuerwehr abzuleisten und dabei die erforderlichen feuerwehrtechnischen Prüfungen abzulegen sind. Ob dieses Modell erfolgreich umgesetzt werden kann, wird die Zukunft zeigen. Die Stadt Fürstenwalde betritt hier Neuland.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst 6 Seiten.

Matthias Rudolph

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin